den festesten Traditionen des Sparers und Rentners; denn die geplante auf die Allgemeinheit, auf die Ungewißheit des zukünftigen Versicherungsfalles gerichtete Sparpolitik ist völlig dem angeborenen Instinkt des einzelnen Franzosen entgegengesetzt, der in peinlicher Absonderung vom Nebenmenschen und in täglicher Einschränkung sich zum unabhängigen Rentner heranbildet. So geht das Mißtrauen gegen den neuen Kurs nicht nur von den Unternehmern und landwirtschaftlichen Arbeitgebern aus, sondern es reicht bis in die Reihen der Arbeiter hinein. Dieses innere Widerstreben liegt auch all den übertriebenen Voraussagen über Teuerungen bis zu 20 Prozent und mehr zugrunde. Mag aber immerhin die Belastung der Wirtschaft nicht zu leugnen sein, so ist jedenfalls — und hierin liegt der grundlegende Unterschied zur deutschen Lage — der Fiskus zu seinem Beitrag sehr wohl an dem neuen System imstande; ebensosehr wie er jeder Zeit bereit und in der Lage ist, aus gefüllten Kassen die Rüstungen zur See zu vermehren oder die Luftflotte auszubauen.

Schließlich hat aber die Einführung der öffentlichen Versicherung auch eine sehr grundsätzliche sozialethische Seite, und aus der Rede des Abg. Guérin sei jener Teil nicht vergessen, in dem er auf die andere, von katholischer Seite (Gaillard-Bancel) erwogene Möglichkeit hinwies: berufliche Solidarität und korporativer Zusammenschluß zu Versicherungszwecken ohne Staatseinmischung. Theorien, die auf de Mun und La Tour du Pin, die beiden Vorkämpfer des Arbeiterfürsorgewesens zurückgehen. Der Vorschlag wurde von der Kammer mit Lächeln als sehr veraltet übergangen, aber solche Gedanken, die hier angesichts des großen sozialen Projekts überaltert und reaktionär erscheinen, können dort, wo die Staatsfürsorge seit Jahren tätig war, ins Riesenhafte anwächst und einer zunehmenden Kritik ausgesetzt ist, einen neuen, verjüngenden Klang erhalten.

„Antifaschistische Garde"

Die Polizei unterbindet die Fortsetzung des Rotfront-Bundes.

Berlin, 14. Februar.

Der Polizeipräsident teilt mit: Donnerstag vormittag wurde das Bureau der Kartellführung der „Antifaschistischen jungen Garde Berlin" von der Polizei geschlossen und das vorgefundene Material beschlagnahmt. Der Kartellführung wurde gleichzeitig eröffnet, daß jede weitere Tätigkeit polizeilich verhindert werden würde. Die Antifaschistische junge Garde stellt den wichtigsten Teil der nach der Auflösung des Rotfrontkämpferbundes und der Roten Jungfront gegründeten Wehrorganisationen, der sogenannten antifaschistischen Organisationen, dar. Die Beobachtung in der Provinz wie in Berlin hat ergeben, daß diese Organisationen nach ihrem Mitgliederbestand und nach ihren Zielen eine Fortführung des Rotfrontkämpferbundes und der Roten Jungfront bilden. Zu ihnen gehört übrigens auch die Sturmabteilung Mitte, in der die Attentäter auf den Nationalsozialisten Wessel, Albert Höhler und Erwin Rückert, Bereitschaftsführer waren.

Wie weiter bekannt wird, hat sich schon nach flüchtiger Sichtung der Papiere herausgestellt, daß es gelungen war, die Zentralstelle der Kommunisten zu stellen, in der die meisten politischen Verbrechen der letzten Zeit vorbereitet wurden. Auf Grund des beschlagnahmten Adressenmaterials wurden anschließend die Wohnungen führender Mitglieder der Organisation, Versammlungslokale in verschiedenen Teilen der Stadt und vier Filialbureaus gleichfalls durchsucht und versiegelt. Auch an diesen Stellen wurde umfangreiches Schriftenmaterial vorgefunden und beschlagnahmt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß man durch die gestern angesetzte Aktion auch einer geheimen kommunistischen Paßfälscherzentrale auf die Spur kommt, die zahlreichen kommunistischen Verbrechern die Flucht ins Ausland ermöglicht hat. Im Zusammenhange mit der Aktion wurde auch sofort eine verschärfte Kontrolle der Grenzen in die Wege geleitet.

*

Im Auftrage des Oberreichsanwalts sind der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne", Hauswirth, und der gelegentliche Mitarbeiter der „Roten Fahne", Willy Budich, unter der Anklage der Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet worden.

Das Brotgesetz

Das sogenannte Roggenbrot-Gesetz ist dieser Tage dem Reichsrat zugegangen. Sein Inhalt wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Ueber die hauptsächlichsten Bestimmungen haben wir seinerzeit bereits berichtet. An Einzelheiten der Vorlage steht bis jetzt folgendes fest:

Unter der Bezeichnung Roggenbrot darf nur Brot verkauft werden, das mindestens 95 Prozent Roggen enthält, unter der Bezeichnung Weizenbrot darf nur Brot verkauft werden, das mindestens zu 95 Prozent aus Weizen hergestellt ist. Brot, das aus einer Mischung hergestellt ist, darf nur unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Mischbrot" verkauft werden. Hierbei ist Brot, das überwiegend aus Roggen hergestellt ist, als „Roggenmischbrot", und Brot, das überwiegend aus Weizen hergestellt ist, als „Weizenmischbrot" zu bezeichnen. Mischbrot muß mindestens 97 Prozent Roggen oder Weizen enthalten. Backhilfsmittel dürfen nur bis zur Höhe von 3 Prozent zugesetzt werden. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Höchstgrenze der Zusätze zu ändern, falls es der Ausfall der Ernte erfordert. Roggenbrot, Weizenbrot und Mischbrot müssen, abgesehen vom Gebäck bis zu 250 Gramm, für den Käufer leicht erkennbar gezeichnet sein. Roggenbrot und Mischbrot dürfen gewerbsmäßig nur in Laiben bestimmten Gewichtes hergestellt werden. Das Gewicht des frischen Brotlaibes muß mindestens 500 Gramm betragen oder ein ganzes Vielfaches davon sein. Das Gewicht ist von dem Hersteller auf dem Brot für den Käufer leicht erkennbar anzugeben. Ohne die vorgeschriebenen Angaben dürfen Roggenbrot und Mischbrot nicht verkauft werden. Die Landesbehörden treffen nähere Bestimmungen über die Kennzeichnung und über die Gewichtsangabe. Sie bestimmen die Fehlergrenze, innerhalb derer das Gewicht des frischen Brotlaibes von den vorgeschriebenen Gewichten abweichen darf.

Die Begründung ist ausführlich gehalten, es wird auf die Notlage der roggenanbauenden Landwirtschaft verwiesen, die trotz der verschiedenen Maßnahmen nicht behoben werden konnte. Mit einer bloßen Werbetätigkeit kann die Aufgabe zur Hebung des Roggenbrotverzehrs nicht gelöst werden, da der Verbraucher reines Roggenbrot zu wohlfeilem Preise erhalten kann. Zahlreiche Aeußerungen aus allen Schichten der Verbraucherschaft lassen darauf schließen, daß der Wunsch nach gutem reinem Roggenbrot in weiten Kreisen der Bevölkerung seit einiger Zeit ständig wächst. Es ist zu erwarten, daß eine beträchtliche Zunahme des Roggenbrotverzehrs zu erwarten ist, wenn wieder allgemein reines Roggenbrot in den Verkehr kommt. Neuerdings sind auch schon bei den Bäckern selbst Bestrebungen vorhanden, diesen Wünschen mehr als bisher Rechnung zu tragen. Es wird weiter auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Roggenbrotes hingewiesen und dabei mitgeteilt, daß Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 80 Kilogramm Weizen und 80 Kilogramm Roggen verbraucht. Wenn davon ausgegangen wird, daß gegenwärtig dem Roggenbrot überwiegend etwa 25 Prozent Weizenmehl zugesetzt wird, so ergibt sich, daß noch 20 Prozent des Getreides, das zur Herstellung des jetzigen sogenannten Roggenbrotes dient, durch Roggen ersetzt werden könnte. Da der Roggenverbrauch für die Brotherstellung auf 4 Millionen Tonnen zu veranschlagen ist, würde das einen Mehrverbrauch in Höhe von 800000 Tonnen bedeuten. Bei vorsichtiger Schätzung wird man den Mehrverbrauch an Roggen auf 500000 Tonnen veranschlagen dürfen. Das bedeutet eine Entlastung des inländischen Roggenmarktes und eine Einfuhrersparnis von Weizen von jährlich rund 120 Millionen. Auf diese Weise kann also der roggenbauenden Landwirtschaft eine bedeutende Hilfe gebracht werden, und außerdem wird eine erhebliche Verbesserung unserer Handelsbilanz erreicht.

Doch noch Mittelmeer-Locarno?

Das Echo der französischen Flotten-Denkschrift

Der gefährliche deutsche Kreuzer

London, 14. Februar.

Die Blätter begnügen sich im allgemeinen mit der Veröffentlichung des Inhalts der Denkschriften der französischen und japanischen Delegation. Fast alle Blätter heben die Stelle der französischen Denkschrift hervor, in der auf das deutsche Panzerschiff angespielt wird. — Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle" bezeichnet das französische Schriftstück als eine „Bombe". „Times" übt eine zurückhaltendere Kritik an den französischen Forderungen in einem Leitartikel durch den Hinweis darauf, daß es nicht notwendig sei, die von der französischen Delegation unterbreiteten Zahlen allzu genau nachzuprüfen. Als eine endgültige Vereinbarung erreicht sei, müsse es jeder Macht freistehen, ihre Forderungen nach oben oder unten abzuändern, um sie den Forderungen der anderen anzupassen. **Die Hauptsache sei, daß die französische Delegation jetzt eine genaue Liste ihrer Forderungen gegeben habe.**

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" entnimmt aus einer Aeußerung, die Tardieu gegenüber französischen Journalisten getan haben soll, daß Frankreich sich bereit zeigen werde, sein großes Flottenbauprogramm zu vermindern, wenn ihm dafür ein Mittelmeer-Locarno geboten werde. — Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" weist auf diese Möglichkeit hin, die am Schluß der französischen Denkschrift deutlich ausgesprochen ist.

*

Die französische Denkschrift zur Flottenfrage bringt inhaltlich keine Ueberraschungen, denn sowohl die Tonnage-Forderungen, als auch das abrüstungspolitische Programm Tardieus, das dasjenige aller bisherigen Regierungen ist, sind seit langem bekannt. Trotzdem bedeutet das Dokument, das endlich die Diskussion über die Zahlen eröffnet, eine entscheidende Phase, um nicht zu sagen eine Krise der Londoner Konferenz. Der Plan, die Flottenstärke von 682000 Tonnen in den nächsten 5 Jahren auf 724000 zu erhöhen, bedeutet, daß Frankreich in dieser Zeit 42000 Tonnen neuen Schiffsraum und außerdem rund 200000 Tonnen Ersatzbauten für überalterte Kriegsschiffe, im ganzen also etwa 250000 To. neue Schiffe auf Kiel legen will. Unter dieser Voraussetzung ist Frankreich allerdings bereit, mit den anderen Mächten ein genau festgelegtes Bauprogramm, das auch eine Baupause für Schlachtschiffe vorsehen würde, bis zum Jahre 1936 zu vereinbaren. Bei dieser Form der „Abrüstung" würde also der Streit, ob Einschränkung nach Kategorien oder Gesamttonnage, keine Rolle mehr spielen. Die Baupause für Schlachtschiffe ist freilich an den Vorbehalt geknüpft, **daß „keine Schiffe des kürzlich aufgetauchten neuen Schlachtschiffstyps" gebaut werden.** Mit diesem deutlichen Hinweis auf das deutsche Panzerschiff hat Tardieu seinen zu Beginn der Konferenz angekündigten Vorstoß verwirklicht.

Tardieus Kabinett gefährdet?

Paris, 14. Februar.

Die in den Wandelgängen der Kammer seit einiger Zeit immer wieder gestellte Frage, wie lange wohl das Kabinett Tardieu am Ruder bleibe, hat durch den gestern eingetretenen neuen Konflikt zwischen dem Kammerausschuß für Finanzen und der Regierung an Gewicht gewonnen. Der neue Streit geht um die Frage der Erhöhung der Pensionen der Staatsbeamten, **die der Kammerausschuß einmütig forderte, der sich Finanzminister Chéron widersetzte.** Diesem Konflikt ist der um die Pensionen der ehemaligen französischen Frontkämpfer vorausgegangen, die von der Regierung zunächst vollkommen abgelehnt und dann vom 55. Lebensjahre an zugestanden wurde, während der Finanzausschuß ihren Beginn vom 50. Lebensjahre an einstimmig verlangte. Tardieu hat nun von London aus versprochen, daß er am Dienstag den Versuch machen werde, die kritische Lage zu klären. Es handelt sich jetzt, so schreibt „Matin", darum, zu wissen, ob die Mehrheit, die bis jetzt die Regierung treu unterstützt hat, entschlossen ist, sich gegenüber den im Finanzausschuß der Kammer gebildeten neuen Parteigruppierungen durchzusetzen.

Landtagsauflösung in Bayern?

Groteske Wirkung des vom Bayrischen Staatsgerichtshof gefällten Urteils

In der Klage, die die Demokratische Partei, die Wirtschaftspartei und der Christliche Volksdienst in Bayern vor dem Bayerischen Staatsgerichtshof geführt haben und in der die Ungültigkeitserklärung verschiedener Bestimmungen des bayerischen Landeswahlrechts verlangt wurde, hat der Staatsgerichtshof heute früh ein Urteil gefällt, das von außerordentlicher politischer Tragweite ist. Die Klage war schon im Jahre 1928 beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches anhängig gemacht worden, der sich aber für unzuständig erklärte.

Die Sachlage ist folgende: Nach dem bayerischen Landeswahlrecht werden die Mandate nach einem Quotienten verteilt, der, um das flache Land gegenüber den Großstädten nicht allzusehr zu benachteiligen, in den einzelnen Wahlkreisen verschieden ist. Die kleinen Parteien sind in Bayern dadurch besonders benachteiligt, daß eine Anrechnung der Reststimmen auf die Landeswahlliste nur insoweit erfolgen kann, als die einzelnen Parteien auf der Landesliste nicht mehr Abgeordnete zugesprochen erhalten, als sie in den einzelnen Wahlkreisen gewählt haben. Da die kleinen Splitterparteien vielfach in den Wahlkreisen überhaupt keinen Abgeordneten durchbringen, werden ihre Stimmen in diesem Falle auch auf der Landesliste nicht angerechnet. **Der bayerische Staatsgerichtshof hat zwar dem Antrag der klagenden Parteien auf Aufhebung dieser Bestimmungen nicht stattgegeben, er hat dafür aber die Landesliste überhaupt für ungültig erklärt. Dadurch wird der bayerische Landtag um 15 Abgeordnete verringert. Das Groteske an der Sache ist außerdem, daß die Parteien gerade ihre prominentesten Führer auf die Landesliste gesetzt haben, so daß diese in Zukunft kein Mandat mehr haben. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß das wesentlichste politische Ergebnis dieses Urteils baldige Neuwahlen in Bayern sein werden.** Das Urteil des bayerischen Staatsgerichtshofes ist ein neuer Beweis dafür, wie dringend notwendig eine Neuregelung des deutschen Wahlrechtes ist. Die zuständigen Stellen werden hierdurch hoffentlich einen neuen Antrieb zur Beschleunigung der bereits begonnenen Arbeiten erhalten.

Der dritte Tag der Young-Debatte

Die erste Lesung der Young-Gesetze wurde in der heutigen Sitzung des Reichstags, die um zwölf Uhr begann, fortgesetzt.

Abg. **Stöcker** (Komm.): Die nationalen Phrasen Hugenbergs sollen nur die Massen in das faschistische Fahrwasser locken. Im Ernst denken Sie (nach rechts) gar nicht an eine Bekämpfung der Erfüllungspolitik. Wenn diesmal wieder, wie bei dem Dawes-Plan, eine Zweidrittelmehrheit angefordert wäre, würden die Deutschnationalen wieder genug Jasager abkommandieren. Der Hauptgrund für die Verständigungspolitik war die Rettung der kapitalistischen Gesellschaft vor der proletarischen Weltrevolution. Sogar der Papst, der sich eben erst mit dem Bluthund Mussolini verbündet hat, schließt sich jetzt dem Kampf gegen Sowjetrußland an. Er hat eine heuchlerische Bannbulle (Unruhe im Zentrum) gegen Sowjetrußland erlassen. (Präs. Löbe ruft den Redner zur Sache. — Laute Protestrufe der Kommunisten. Abg. Jadasch (Komm.) erhält einen Ordnungsruf.) Der „Vorwärts" des Herrn Stampfer verbreitet die Lüge, die russische Botschaft habe 5000 Exemplare der „Roten Fahne" abonniert. Tatsächlich bezieht die russische Botschaft nur zwölf, die Sowjet-Handelsvertretung nur zwei Exemplare der „Roten Fahne". Ich nenne Herrn Stampfer öffentlich einen ganz infamen Schwindler und Verleumder. (Abg. Stöcker erhält einen Ordnungsruf.)

Abg. Dr. **Wendhausen** (Christlichnat. Arb.-Gem.) vermißt den amtlichen Widerruf der Kriegsschuldlüge im Haag. Die gesamte Reparationslast, die Deutschland auf Grund dieser Lüge aufgebürdet werde, sei tatsächlich auf 180 Milliarden zu veranschlagen. Wenn man ehrlich sein wolle, dürfe man diesen unerfüllbaren Vertrag nicht unterschreiben. Es dürfe keinen Unterschied zwischen öffentlicher und privater Moral geben. Eine Rückgewinnung unserer Souveränität sei nicht erfolgt. Auf die Sanktionsklausel könne sich auch Polen berufen. Das Polenabkommen stelle die Freiheit und Zukunft unseres Vaterlandes in Frage. Polen werde dadurch erst in die Lage versetzt, seine Entdeutschungspolitik in vermehrtem Maße fortzusetzen.

Nach kurzer weiterer Aussprache wurden die Gesetzesvorlagen zum Haager Abkommen an die Ausschüsse überwiesen.

Beisetzung des Bischofs von Ermland

Frauenburg, 13. Februar.

Der verstorbene Bischof von Ermland, Dr. Augustinus Bludau, ist heute vormittag unter überaus großer Teilnahme feierlich in der Szembekschen Kapelle des Domes beigesetzt worden.

In dem Trauerzug von der Kapelle des bischöflichen Hauses bis zum Dom bemerkte man den Bischof O'Rourke aus Danzig, den Bischof und den Weihbischof von Pelplin und den Prälaten Kaller-Schneidemühl. Die weltlichen Behörden waren u. a. durch den Oberpräsidenten Dr. Siehr, den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Holthöfer, den Regierungspräsidenten und Vertreter des Wehrkreises 1 vertreten. Das feierliche Pontifikalamt zelebrierte Bischof O'Rourke, die Gedächtnispredigt hielt Domprobst Prälat Sander.

* **Präsident Hoover** will bereits am Sonnabend, anstatt Montag, nach Washington zurückkehren. Es verlautet, daß der Entschluß des Präsidenten durch den Wunsch nach engerer Fühlung angesichts der Entwicklung der Londoner Seemächtekonferenz bestimmt worden ist.

* **Als Nachfolger Briands** wurde der bisherige Staatssekretär Aralda di Crollalanza zum Minister für öffentliche Arbeiten bestimmt.

* **Bei einer Explosion** im Neuyorker Stadtteil Brooklyn, wurden 60 Schulkinder durch Glassplitter verletzt. 10 davon mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Zunächst schwache, dann etwas an Stärke zunehmende Winde von Süd bis West. Anfangs wolkenlos, später allmählich leichte Bewölkungszunahme. Vielfach Nebel, nachts kalt, tagsüber Temperaturen um Null, keine beträchtlichen Temperatur-Unterschiede zwischen Flachland und Gebirge.